

Asylpolitik der Bundesregierung **Kein Geld für ein würdiges Leben**

Die UN-Vollversammlung hat den 20. Juni zum zentralen internationalen Gedenktag für Flüchtlinge ausgerufen, um auf die besondere Situation und die Not von weltweit 42,5 Millionen Flüchtlingen aufmerksam zu machen. Der Weltflüchtlingstag ist den Flüchtlingen, Asylsuchenden, Binnenvertriebenen, Staatenlosen und Rückkehrer/innen auf der ganzen Welt gewidmet, um ihre Hoffnungen und Sehnsüchte nach einem besseren Leben zu würdigen. Nicht so in Deutschland.

In diesem Jahr wurde gerade am Weltflüchtlingstag bekannt, dass die Richter des Bundesverfassungsgerichtes deutliche Zweifel daran äußerten, ob die staatlichen Leistungen für Asylbewerber/innen ausreichend sind. Es bestehe eine „ins Auge stechende Differenz“ zwischen den Hartz-IV-Sätzen und den deutlich niedrigeren Geldleistungen für Asylbewerber/innen, sagte der Vizepräsident des Gerichts, Ferdinand Kirchhof, in einer mündlichen Verhandlung. Während ein Hartz-IV-Empfänger einen Regelsatz von 364 Euro pro Monat erhalte, seien es bei Flüchtlingen etwa 220 Euro, sagte Kirchhof. Hinzu komme, dass die Berechnung der Leistung für Asylbewerber „weder erklärt noch dokumentiert“ wurde. Die Leistungen müssten sich genauso wie die Hartz-IV-Sätze „am Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums messen lassen“.

Menschenunwürdige Leistungen

Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hält das Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig und legte es dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vor. Nicht nur wegen der seit 20 Jahren unverändert niedrigen Beträge, nicht nur, weil der Bedarf nie neu errechnet wurde, wie es im Gesetz vorgeschrieben ist, sondern auch, weil die Beträge schon damals nicht exakt berechnet, sondern nur ins Blaue hinein geschätzt wurden. Dies aber widerspreche dem Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2010. Darin hatten die Verfassungshüter ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums formuliert. Und das gelte auch für Asylbewerber und Flüchtlinge. 40 Prozent weniger als Hartz IV, das könnte dazu führen, dass man damit ein menschenwürdiges Existenzminimum nicht sicherstellen kann, so die Landessozialrichter in NRW.

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl wirft der Bundesregierung vor, mit den niedrigen Leistungen sollen Flüchtlinge von der Einreise nach Deutschland abgeschreckt und bereits hier lebende „motiviert werden“, wieder auszureisen. Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und Verbände erhoffen sich eine deutliche Verbesserung für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge. Die Caritas geht noch weiter: Sie fordert die Abschaffung des „menschenunwürdigen“ Asylbewerberleistungsgesetzes.

In Deutschland lebten Ende vergangenen Jahres 571.000 Flüchtlinge. So steht es im aktuellen Bericht des Hilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR). Deutschland hält damit unter den reichen Industrieländern einen Spitzenplatz. Aber die drei Länder, die in absoluten Zahlen die meisten Flüchtlinge beherbergen sind Pakistan (1,7 Millionen), Iran (887.000) und Syrien (756.000). Die UNHCR betrachtet die Flüchtlingszahlen in Relation zur wirtschaftlichen Leistung der Länder. Setzt man die Zahl der Aufgenommenen in Beziehung zum verfügbaren Bruttosozialprodukt, taucht kein einziges westliches Land, auch Deutschland nicht, an der Spitze auf. Statt-

dessen finden sich dort Pakistan, Kongo, Kenia, Liberia, Äthiopien, Tschad, Syrien, Bangladesch, Uganda und Tansania.

Reich gegen Arm

Weltweit sind 44 Millionen Menschen auf der Flucht. Aber nur die wenigsten bekommen überhaupt eine Chance, in den reichen Ländern Zuflucht zu suchen. Sie schaffen es beispielsweise meist nur bis an die Grenze Europas. Sie kommen oft nur bis Griechenland oder Italien. Dort haben rund 300.000 im vergangenen Jahr Asyl beantragt. Drei Viertel der Anträge wurden abgelehnt. Italien hat den größten Zustrom. Flüchtlinge, die von dort nach Deutschland weiterreisen, werden bislang routinemäßig zurückgeschickt, ohne ihnen den Rechtsweg in Deutschland zu ermöglichen. Dabei berufen sich die Behörden auf die europäische Flüchtlingsvereinbarung „Dublin II“. Aber diese Abschiebungen ohne reguläre Klagemöglichkeit haben zu einer bemerkenswerten Entwicklung geführt. Nach Recherchen des Fernsehmagazins *Panorama* haben bereits dutzende Verwaltungsgerichte geplante Abschiebungen gestoppt, obwohl sie nach dem Asylverfahrensgesetz nicht zuständig sein sollen.

Zu fragen bleibt: Warum verlassen Flüchtlinge ihre Heimat? Sind es nur Begehrlichkeiten nach einem besseren Leben? Oder ist es die für uns unvorstellbare Not, der Hunger, die grauenvolle Armut, der Terror der Herrschenden? Eine Ursache besteht auch in den Kriegen, die von den reichen Staaten in verschiedenen Regionen geführt werden. Nach Pakistan und in den Iran flohen etwa 2,6 Millionen Menschen aus Afghanistan, die infolge von Talibanherrschaft und westlichem Antiterrorkrieg ihr Land verließen. Syrien beherbergt Hunderttausende von Irakern, die nach der amerikanischen Invasion fliehen mussten.

In vielen Ländern der so genannten Dritten Welt bestimmen ausländische Konzerne die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die vorhandenen Rohstoffe werden ausgebeutet und die hoch subventionierten Agrarprodukte der reichen Industrieländer zerstören die Bedingungen für die einheimische Produktion. Ausbeutung durch die reichen Länder zerstört die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Flüchtlingsströme könnten verhindert werden, wenn sich die reichen Länder am wirtschaftlichen Aufbau in den armen Regionen dieser Welt engagiert und selbstlos beteiligen würden. Helfen statt ausbeuten! Aber die reichen Staaten sehen nur ihre Vorteile. Sie sind die Verursacher der Flüchtlingsströme und das damit verbundene menschliche Elend. Wenn man bedenkt, wie viel Tragik und Unmenschlichkeit sich hinter dem Schicksal eines Flüchtlings verbirgt, wird die menschenverachtende Politik von Konzernen und Regierungen in den Industrieländern deutlich.

Europa schützt die Grenzen, aber nicht die Flüchtlinge. Viele tote Flüchtlinge sind Opfer unterlassener Hilfeleistung. Das Mittelmeer ist beispielsweise zum Massengrab geworden. Tausende Bootsflüchtlinge sind auf dem Weg nach Europa auf hoher See verdurstet oder ertrunken. Diejenigen, die die Insel Lampedusa im Mittelmeer erreichten, wurden zurückgeschickt. Gnadenlos! Frontex, die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit der europäischen Länder, ist zuständig für Flüchtlingsabfangaktionen, nicht aber für Flüchtlingshilfsaktionen. Diese Politik der Europäischen Union zerstört jegliches Vertrauen in eine menschenwürdige Zukunft. Wer Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zu Grundwerten erklärt, wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der lügt, weil das Gegenteil praktiziert wird.